



Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gehört mittlerweile zu jenen Universitäten, deren NS-Geschichte mit am besten erforscht ist. Sammelbände, Einzelstudien zu Fachbereichen, zu Instituten, jüngst auch zu den nationalsozialistischen Studentenfunktionären sowie schließlich die um das im Internet frei zugängliche „Gelehrtenverzeichnis“<sup>1</sup> gruppierten Forschungsvorhaben zu den Hochschullehrern erhellen nun in vielseitiger und quellengesättigter Weise das „dunkle Kapitel“ der Universitätsgeschichte. Um historische Entwicklungen und Kontinuitäten besser in den Blick nehmen zu können, werden in jüngster Zeit vor allem thematische Gliederungen gewählt und die Untersuchungszeiträume bewusst über die politischen Zäsuren 1933 und 1945 hinaus ausgedehnt. Solche Zuschnitte sind zwar vielfach erkenntnisfördernd, bergen jedoch die Gefahr, dass jene vergleichsweise kurzen Zeiträume aus dem Blick geraten, in denen sich Entwicklungen verdichten und Weichen gestellt werden. In wissenschaftshistorischer Hinsicht ist der April 1933 einer dieser Zeiträume, dem auch aus erinnerungspolitischen Gründen eine besondere Bedeutung zugemessen werden muss. Dieser Monat begann mit der ersten konzentrierten Gewaltaktion gegen jüdische Universitätsangehörige und endete mit einer symbolhaften Unterwerfung unter das Hakenkreuz. Dazwischen lagen Wochen eines nie wiedergutmachten Unrechts. In diesem Aufsatz untersuche ich die Dynamik der Ereignisse dieser wichtigsten 30 Tage der Universitätsgeschichte und zeige die Eigenschaften dieser frühen nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik auf, die in kurzer Zeit grundlegende Erfolge erzielen konnte.

Kiel besaß zwar eine alte, aber recht kleine und auch durch ihre geographische Randlage nur mäßig attraktive Universität. Dass während der ersten deutschen (Weimarer) Demokratie gleichwohl eine beträchtliche Zahl an exzellenten Hochschullehrern berufen werden konnte, lag in der vergleichsweise toleranten und meritokratischen Personalpolitik vieler Fakultäten und des Preußischen Kultusministeriums begründet. Bekennenden Demokraten und jüdischen Wissenschaftlern standen weniger Hindernisse entgegen als an anderen Standorten, weshalb sie in Kiel vergleichsweise stark vertreten waren und hier ihre überdurchschnittlichen Leistungen erbrachten. Das prominenteste Beispiel stellten die Wirtschaftswissenschaften dar, die in den frühen 1930er Jahren Weltrenge besaßen.<sup>2</sup> Lange Zeit existierte die Universität in einem vergleichsweise stark sozialliberal geprägten politischen Klima, das sich allerdings drastisch wandelte. Bei der Landtagswahl im April 1932 errang die NSDAP in Schleswig-Holstein bereits die absolute Mehrheit der Stimmen und konnte diesen Anteil dort auch bei der für die Nationalsozialisten ansonsten ernüchternd verlaufenden Reichstagswahl im November mit 46 Prozent (reichsweit 33 Prozent) annähernd halten.<sup>3</sup> Im Zuge des „Preußenschlags“ war im

**Gunnar Take:**  
**Die Universität Kiel**  
**im April 1933**  
 Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik „von unten“ und „von oben“

<sup>1</sup> <https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/>, letzter Zugriff: 05.12.2018.

<sup>2</sup> Vgl. Ulf Beckmann: Von Löwe bis Leontief. Pioniere der Konjunkturforschung am Kieler Institut für Weltwirtschaft, Marburg 2000.

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.wahlen-in-deutschland.de>.

Bild rechts:

Theologieprofessor Otto Baumgarten

Juli 1932 die Führungsriege des Kultusministeriums entlassen und durch Politiker und Beamte ersetzt worden, die rechtskonservativ beziehungsweise rechtsextrem eingestellt waren.<sup>4</sup> Ein Nebenaspekt dieses Personalaustauschs lag in der Zerschlagung der in den vorigen Jahren und Jahrzehnten geknüpften persönlichen Bindungen zwischen Ministerialbeamten und Lehrstuhlinhabern. Auch diesem Aspekt sollte in den entscheidenden Wochen des Frühjahrs 1933 große Bedeutung zukommen, als viele etablierte Professoren die früheren informellen Kommunikationswege verschüttet voranden, während die bereits regimekonformen und zumeist jüngeren Wissenschaftler sowie auch die Studentenfunktionäre nun ihrerseits Vertrauenspersonen im Ministerium kontaktieren konnten.

Innerhalb der Universität hatte es bereits in den späten 1920er Jahren einen gewaltigen Rechtsruck gegeben und zwar bei den Studierenden. Vergleichsweise früh stellte Kiel eine Hochburg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NS-Studentenbund) dar.<sup>5</sup> Dieser hatte innerhalb der NS-Bewegung auch deshalb eine besondere Bedeutung inne, weil er bis zur „Machtergreifung“ die einzige Parteistelle war, die sich gezielt mit Wissenschaftspolitik beschäftigte.<sup>6</sup> Bis zum Winter 1932/33 wurden die wichtigsten Ämter der Kieler Studentenvertretungen von Nationalsozialisten erobert, die sich zu diesem Zeitpunkt eines großen Rückhalts an Sympathisanten sicher sein konnten.<sup>7</sup> Sie profitierten nun davon, dass ihrer Ausübung von politisch motivierter Gewalt im Rahmen der auch an anderen Universitäten verfolgten Strategie der „kalkulierten Eskalation“<sup>8</sup> kein entschlossener Widerstand des Rechtsstaats mehr entgegengestellt wurde. Noch 1930 beziehungsweise 1931 waren studentische Angriffe auf den emeritierten Theologieprofessor Otto Baumgarten und auf den Völkerrechtler Walther Schücking mit zwei Verweisen von der Universität geahndet worden. Bemerkenswert waren insbesondere die fortgesetzten Attacken auf den prominenten Liberalen Schücking gewesen, ein ehemaliges Reichstagsmitglied (DDP) und Richter am Weltgerichtshof in Den Haag. Dessen Veranstaltungen waren nicht nur durch Zwischenrufe und Gesänge gestört worden, sondern im Sommer 1931 sogar durch einen Tränengasanschlag, der einige Besucher leicht verletzte.<sup>9</sup> Viele weitere Beispiele für die zunehmende Gewaltbereitschaft des lokalen rechtsextremen Milieus wären zu nennen, unter anderem ein Sprengstoffanschlag auf die Kieler Synagoge im August 1932.

Besonders heftig wurden solche Personen attackiert, die zugleich als demokratisch und jüdisch identifiziert wurden, also zwei NS-Feindbilder auf sich vereinten. Ein solches Opfer wurde im November 1932 der Breslauer Juraprofessor Ernst Cohn, dessen Fall reichsweit für Aufsehen sorgte und speziell auch in Kiel, wo er zuvor eine Lehrstuhlvertretung übernommen hatte.<sup>10</sup> Auslöser der Angriffe war eine Stellungnahme Cohns zu einem möglichen politischen Asyl für den russischen Kommunisten Leo Trotzki gewesen. Tatsächlich jedoch ging es um Cohns Eintreten für eine unabhängige Wissenschaft, um seine angeblich linke politische Haltung und um seine

**4** Vgl. Uwe Danker, Astrid Schwabe: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005, hier: S. 14ff.

**5** Vgl. Klaus Bosholm: Der Weg der Kieler Universität ins Dritte Reich 1928-1933 (Masch. Examensarbeit), Kiel 1983.

**6** Vgl. Michael Grüttner: Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus, in: Doris Kaufmann (Hg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Göttingen 2000, S. 557-585, hier S. 557.

**7** Vgl. Martin Göllnitz: Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927-1945), Stuttgart 2018, S. 78.

**8** Vgl. Kurt Bauer: Schlagring Nr. 1. Antisemitische Ausschreitungen an der Universität Wien von den 1870er- bis in die 1930er-Jahre, in: Regina Fritz u.a. (Hg.): Alma mater antisemitica: akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, Wien 2016, S. 137-160, hier S. 154-157.

**9** Vgl. Göllnitz: Der Student, S. 117-122.

**10** Vgl. Thomas Ditt: „Stoßtruppfakultät Breslau“: Rechtswissenschaft im „Grenzland Schlesien“ 1933-1945, Tübingen 2011, S. 37-43.





Abstammung. Bemerkenswert waren in seinem Fall weniger die Angriffe des NS-Studentenbunds, sondern die Entscheidung der Breslauer Universitätsleitung, ihren Ordinarius nicht entschlossen zu schützen und die Täter nicht ernsthaft zu bestrafen. In Kreisen des NS-Studentenbunds wurde der „Fall Cohn“ als Vorbild angesehen, dem es nachzueifern gelte.<sup>11</sup> Aber auch anders gesonnene Akteure erkannten die weit über Breslau hinausgehende Dimension des Falles und setzten sich für Cohn ein. Zu jenen, die sich gegen eine Abschaffung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit wehren wollten, gehörten beispielsweise der bekannte Kieler Soziologe Ferdinand Tönnies und der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) Bernhard Harms. Letzterer erklärte öffentlichkeitswirksam: „Wie immer man über die Äußerung Professor Cohns denken mag – der Beschluss von Rektor und Senat Breslaus legt die Axt an die Würde und Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen.“<sup>12</sup> Angesichts der weiteren politischen Entwicklung erwies sich diese Unterstützung aus den Reihen der Wissenschaft und auch von der entmachteten preußischen Sozialdemokratie jedoch als zu schwach. Anfang Februar 1933 erreichten die Drohungen und die Gewalt schließlich ihr Ziel und Cohns Vorlesungen wurden abgesetzt.

Ein Vorgehen entlang der Breslauer Blaupause war in Kiel allerdings zunächst nicht möglich. Hier stand dem NS-Studentenbund mit dem Wirtschaftsprofessor August Skalweit ein Rektor gegenüber, der entschlossen die Autorität der Institutsverwaltung und die hergebrachte Ordnung und Autonomie der Ordinarienuniversität verteidigen wollte. Auch gegen ihn war dann die nächste Eskalationsstufe Anfang Februar 1933 gerichtet, als eine Schmähchrift gegen die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät („zu 80 Prozent verjudete Professorenschaft“) erschien und die Drohungen durch Sachbeschädigungen unterstrichen wurden.<sup>13</sup> Zwar beschloss Skalweit und der Senat die Schließung der Universität für einige Tage. Die dadurch beabsichtigte Demonstration einer Geschlossenheit konnte jedoch nicht erreicht werden. Unterlaufen wurde sie unter anderem durch den Gastvortrag des ehemaligen (und nachmaligen) Kieler Professors Friedrich Hoffmann. Dieser drängte seine Hörer, der zwei Wochen zuvor gebildeten Hitler-Regierung Gehorsam entgegenzubringen. Zu diesem Zeitpunkt jedoch „die Unterordnung des Einzelnen unter das Ganze, zum Wohle des Ganzen“<sup>14</sup> zu fordern bedeutete, die rapide Aushöhlung der demokratischen und rechtstaatlichen Ordnung hinzunehmen. Diese wurde rasch forciert, unter anderem indem am 22. Februar einigen nationalsozialistischen Verbänden ein „hilfspolizeilicher“ Status zuerkannt wurde.

Durch den Druck der Straße und der Hörsaalränge war zu diesem Zeitpunkt bereits ein Klima der Angst geschaffen worden, das viele vernunftrepublikanische Professoren zum Schweigen gebracht hatte. Nurmehr Herzensrepublikaner mit viel Mut wie der bereits erwähnte Tönnies wagten es noch, öffentlich auf den Grundrechten der Rede- und Lehrfreiheit zu bestehen und deren Abhängigkeit von der demokratischen Staats- und Universitätsverfassung herauszu-

Bild links:  
Professor Walther Schücking

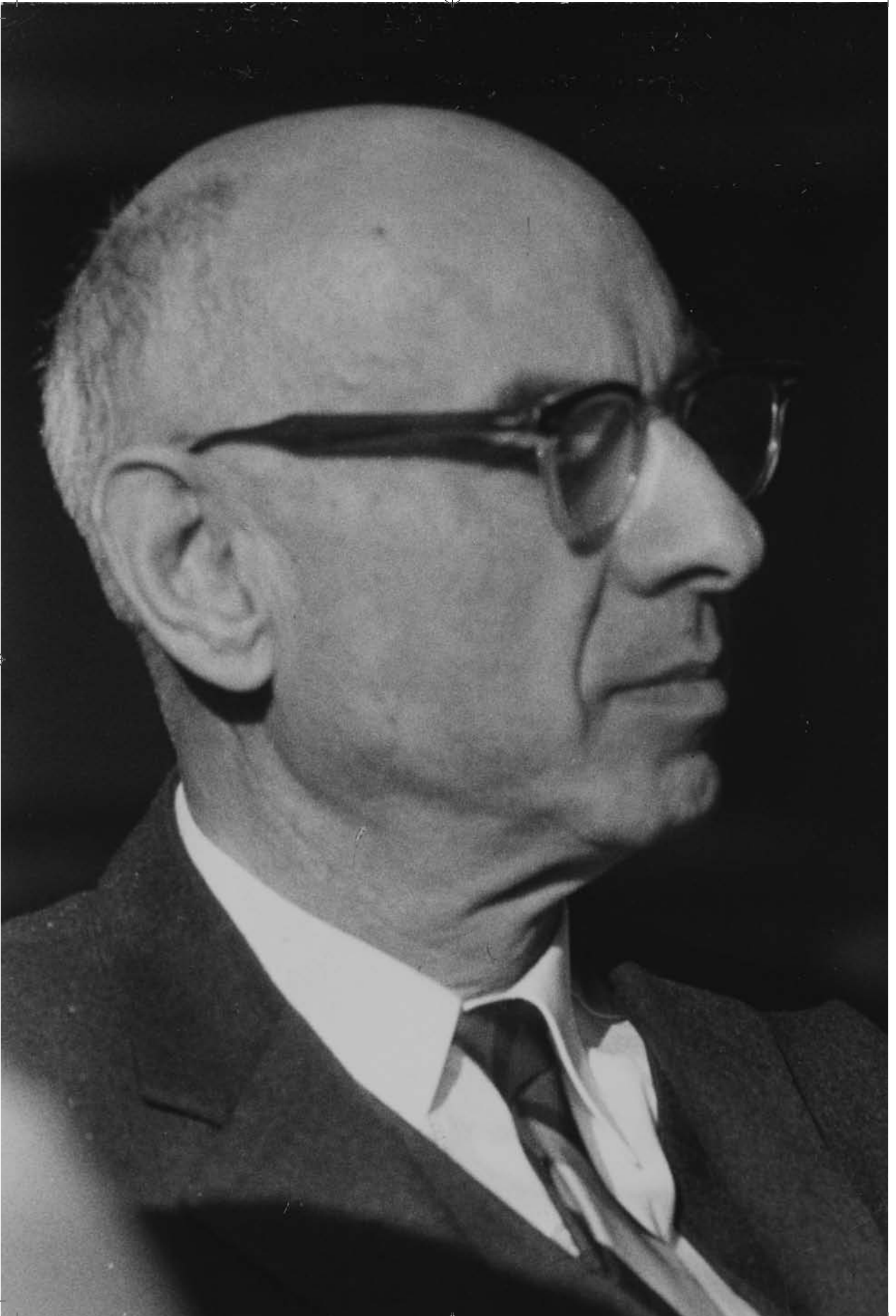
Folgende Seite:  
Der Breslauer Juraprofessor Ernst Cohn

**11** Vgl. Der Fall Cohn: Eine Warnung!, in: Der NS-Student, 10.02.1933.

**12** 'Die Axt an der Würde der Hochschulen'. Erste Proteste deutscher Professoren, in: Vossische Zeitung, 27.12.1932.

**13** Vgl. Jörn Eckert: „Hinter den Kulissen“. Die Kieler Rechtswissenschaftliche Fakultät im Nationalsozialismus, in: Christiana Albertina 58, 2004, S. 18-32, hier S. 20.

**14** Artikel zum Vortrag von Prof. Friedrich Hoffmann: Die wirtschaftliche Lage, in: Kieler Zeitung, 12.02.1933.







Vorangehende Seite:

Der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) Professor Bernhard Harms

stellen.<sup>15</sup> Es wuchs hingegen die Zahl jener, die sich offen gegen die Weimarer Republik aussprachen. Dies taten beispielsweise 16 Hochschullehrer, als sie am 28. Februar 1933 in einer „Kieler Erklärung“ der sich etablierenden NS-Diktatur ihre Kooperation anboten. Initiiert hatten die Aktion zwei Mediziner, es waren aber auch Historiker, Philologen, Physiker und andere Fachbereiche vertreten.<sup>16</sup> Eine größere Aktion erfolgte dann am Vortag der Reichstags- und preußischen Landtagswahlen vom 5. März, als insgesamt 300 Hochschullehrer eine Wahlempfehlung für die NSDAP aussprachen.<sup>17</sup> Auf dieser Liste der Anbietung war die Kieler Universität mit 21 Medizinern, drei Zoologieprofessoren und je einem Privatdozenten der Biologie und der Mathematik stark vertreten. Dazu zählte auch der seinerzeitige Direktor der Chirurgischen Klinik Wilhelm Anschütz, von 1950 bis zu seinem Tod 1954 Kieler Ehrenbürger und noch heute Namensgeber eines Studentenwohnheims und einer Straße nahe der Uni. Vereinzelt gab es auch gegenteilige Wahlaufträge von Kieler Professoren, beispielsweise Mitte März für einen DVP-Provinziallandtagskandidaten. Neben Skalweit gehörte auch der Theaterwissenschaftler Wolfgang Liepe zu den Unterzeichnern, was bald darauf über seine Beurlaubung hinaus sogar zu einem Verfahren gegen ihn vor dem Universitätsrat führte.<sup>18</sup>

Wie bereits im Vorjahr erhielt die NSDAP am 5. März 1933 in der Provinz Schleswig-Holstein ein um etwa 10 Prozent überdurchschnittliches Ergebnis und konnte dort die absolute Mehrheit erreichen. Am selben Tag legte der niedergekämpfte Skalweit das Rektorat nieder und wurde durch den rechtskonservativen Historiker Otto Scheel ersetzt. Der 57-Jährige gehörte zwar keineswegs zum jungen radikalen Nachwuchs, sondern zu den alten Eliten, die ihre wesentlichen Karriereschritte bereits im Kaiserreich absolviert hatten. Dem völkischen Gedankengut stand er jedoch nahe und bei einem der frühen wissenschaftspolitischen NS-Projekte, der politischen Positionierung Kiels als „Grenzland-Universität“, hatte er sogar zu den Vordenkern gehört.<sup>19</sup> Die Universität betreffend ist für die anschließenden Märzwochen der Semesterferien nur wenig Aktivität rekonstruierbar. In dieser Zeit bauten die Nationalsozialisten ihre Machtstellung aus und beherrschten zusätzlich zur Reichs- und Landesebene mit dem neuen Oberpräsidenten Hinrich Lohse und dem neuen Bürgermeister Walter Behrens nun auch die regionale und lokale Exekutive.<sup>20</sup> Die Universitätsleitung sowie auch die Institutsdirektoren und Lehrstuhlinhaber mit Personalverantwortung hätten sich zu diesem Zeitpunkt klarmachen können, dass sie sich in kommenden Konflikten mit der rechtsradikalen Studentenschaft an keinen staatlichen Akteur mehr um Hilfe wenden können. Dass diese Konflikte zudem brutaler als zuvor werden würden, war angesichts der allgemeinen Welle an ungeahndeten Gewalttaten abzusehen. Auch in Kiel kam es hier zu Morden, beispielsweise am prominenten Anwalt Wilhelm Spiegel.<sup>21</sup> Dennoch scheinen keinerlei koordinierte Vorbereitungen oder auch nur Überlegungen zum Umgang mit dem erwartbaren Unheil angestellt worden zu sein. Dies änderte

**15** Klaus Schwabe: Deutsche Hochschullehrer und Hitlers Krieg (1936-1940), in: Martin Broszat und Klaus Schwabe (Hg.): Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 291-333, hier S. 295. Vgl. zu Tönnies: Uwe Carstens: Ferdinand Tönnies. Friese und Weltbürger. Eine Biographie, Nordfriisk Instituut, Bräist/Bredstedt 2013

**16** Vgl. Göllnitz: Der Student, S. 136.

**17** Vgl. Die deutsche Geisteswelt für Liste 1. Erklärung von 300 deutschen Universitäts- und Hochschullehrern, in: Völkischer Beobachter, 04.03.1933.

**18** Ralph Uhlig (Hg.): Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel nach 1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 29-32.

**19** Vgl. Scheels Rede anlässlich des Besuchs von Reichspräsident Hindenburg in Kiel am 30. Mai 1927, in: Heimatschriften des Schleswig-Holsteiner-Bundes 19, Kiel 1927, S. 3.

**20** Vgl. zu Lohse: Uwe Danker: Die drei Leben des Hinrich Lohse, in: DG 11 (1998), S. 105-114.

**21** Volker Jakob: Wilhelm Spiegel 1876-1933. Ein politisches Leben – ein ungehörter Tod, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 77 (1994), S. 109-140.





sich offenbar selbst dann nicht, als die Studenten am 30. März den Rektor Scheel darüber informierten, dass sie einem Aufruf der NSDAP-Leitung folgen und am übernächsten Tag, einem Sonntag, eine konzertierte antisemitische Gewaltaktion an der Universität durchführen würden.

Der seinerzeit und noch heute gebräuchliche Begriff „Judenboykott“ beschreibt das rekonstruierbare Geschehen dieses Tages nur unzureichend. Es handelte sich um die Exklusion jüdisch-stämmiger Deutscher aus dem Wirtschaftsleben, sowohl durch direkte und bewusst öffentliche Gewalt wie auch durch Einschüchterung der „arischen“ Deutschen, die von Solidaritätsaktionen sowie überhaupt von Interaktionen abgehalten werden sollten. Dies stellte einen wichtigen Schritt zur angestrebten völkisch-homogenen „Volksgemeinschaft“ dar, die in allen gesellschaftlichen Bereichen erreicht werden sollte, so auch in der Wissenschaft. Laut Presseankündigung sollten die Gewaltaktionen am 1. April um 10 Uhr beginnen. Nur 20 Minuten später erfolgte der erste rekonstruierbare Angriff auf die Kieler Universität. Mindestens sieben SA-Männer, darunter der Wirtschaftsstudent Walter Schmaljohann, attackierten das der Universität angegliederte Institut für Weltwirtschaft mit dem Ziel, einige Mitarbeiter der Abteilung für Konjunkturforschung aus dem Institut zu vertreiben. Diese Wissenschaftler identifizierten sich zu meist selbst nicht als jüdische Religionsangehörige. Sie standen aber wegen dieser Fremdzuschreibung und wegen ihrer offen demokratischen Haltung auf der Feindesliste der Nationalsozialisten. Aufgrund der Pressemeldungen vorgewarnt, waren sie allerdings an diesem Tag nicht zur Arbeit erschienen. Andernfalls hätten sie der physischen Gewalt wohl nicht entgehen können, denn die SA-Männer hatten sich an strategischen Punkten des Gebäudes verteilt und verfügten über Informationen von einer Verbindungsperson im Institut. Im Auftrag der NSDAP-Kreisleitung und damit jenseits jeglicher rechtlicher Kompetenzen sprachen sie ein generelles Beschäftigungsverbot für Juden aus und zogen ab. Nur wenig später drangen um elf Uhr drei SA-Männer in die Wohnung des Astronomieprofessors Hans Rosenberg ein und forderten, dass er die Leitung der Sternwarte abgeben müsse. Fast gleichzeitig geschah dasselbe in der Universitätsbibliothek, aus der die Bibliothekarin Dr. Clara Stier-Somlo vertrieben und noch am selben Tag entlassen wurde. Sie wurde später im KZ Theresienstadt ermordet. Auch Mitarbeiter der Kinderklinik wurden an diesem Tag Opfer von Angriffen sowie auch jüdisch-stämmige Studierende, denen der Zutritt zu Universitätsgebäuden verwehrt wurde.<sup>22</sup>

Die somit aufgebaute Drohkulisse war enorm, denn der „Judenboykott“ mündete an diesem Tag auch in Mordtaten, so beispielsweise an einem weiteren Kieler Rechtsanwalt, Friedrich Schumm.<sup>23</sup> Trotzdem floh niemand von den attackierten Wissenschaftlern. Wie viele andere Deutsche hegten sie vermutlich die Hoffnung, dass es sich nur um eine vorübergehende gewalttätige Phase im Rahmen der als revolutionären Akt verstandenen Machtübernahme der National-

<sup>22</sup> Vgl. Matthias Wieben: Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich. Zum Verhaltensmuster der Studenten in den ersten Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1994, S. 53.

<sup>23</sup> Vgl. Danker, Schwabe, S. 103f.

Rechte Seite:

Der Direktor der Chirurgischen Klinik Professor Wilhelm Anschütz

sozialisten handelte. Im Fall des IfW bemühte sich der Institutsdirektor Bernhard Harms um die Hilfe der neuen nationalsozialistischen Stadtverwaltung und zwar „durch Vermittlung einer Angestellten, die als Parteigenossin gute Beziehungen zu einflussreichen Instanzen im Rathaus hatte“.<sup>24</sup> Darüber hinaus reiste er nach Berlin, um sich die Rückendeckung verschiedener Ministerien, insbesondere des Preußischen Kultusministeriums, für die Weiterbeschäftigung seiner Mitarbeiter zu besorgen. Dieser Versuch, sich mit den neuen Machtzentren und -konstellationen zu arrangieren und vom alten Normenstaat Schutz gegen den sich ausformenden Maßnahmenstaat zu erlangen, scheiterte jedoch. Am 11. April kehrten etwa sieben SA-Männer zurück und wiederholten ihre Forderungen auf einen Rauswurf der jüdischen Wissenschaftler. Wegen seiner Hinhaltetaktik wurden die Drohungen auch auf den abwesenden Harms ausgeweitet und damit das übliche Verfahren angewandt, die Opfer nach Möglichkeit von jeglicher Unterstützung zu isolieren. Am 12. April erfolgten dann zwei weitere Angriffe. Zunächst wurde morgens der Assistent Hans Neisser, am späten Nachmittag dann Konrad Zweig, Rudolf Freund sowie der Abteilungsleiter Gerhard Colm „unter teils recht üblen Misshandlungen hinausgeprügelt [...] direkt von ihren Arbeitsplätzen auf die Straße“.<sup>25</sup> Zu den Opfern dieses Tages gehörte auch der Student und Assistent Colms, Hermann C. Hillmann. Der als Vorsitzender einer sozialdemokratischen Studentenorganisation politisch aktive Hillmann wurde nicht nur entlassen und von der Universität geworfen, sondern vier Monate lang in einem „Erziehungslager“ der SA bei Husum gefangen gehalten.

In der rückblickenden Betrachtung erscheint der vielfach getätigte Versuch des Durchstehens der Gewalt und die Hoffnung auf einen Schutz durch die Dienstherren zumeist als von vornherein illusorisch. Manchmal hatten solche Versuche aber wenigstens einen begrenzten Erfolg. Der Privatdozent und ausgesprochene NS-Gegner Kurt Kolle hatte sich beispielsweise so bedroht gesehen, dass er im März vorübergehend aus Kiel geflohen war.<sup>26</sup> Seine zwischenzeitlich erfolgte Beurlaubung wurde jedoch nach einigen Monaten wieder aufgehoben und durch einen selbst betriebenen Wechsel nach Frankfurt konnte er dort seine Karriere als Psychiater fortsetzen. Bemerkenswert sind auch die Fälle des angegriffenen Philologieprofessors Felix Jacoby und des Philosophieprofessors Julius Stenzel. Mit Ehrenerklärungen setzten sich ihre Studenten für sie ein und bescheinigten den beiden Weltkriegsteilnehmern darin eine „nationale Gesinnung“.<sup>27</sup> Dies führte zu einem Abschwellen der Gewalt gegen beide und trug vermutlich dazu bei, dass keiner der beiden entlassen wurde. So konnte Jacoby noch einige Semester in Kiel weiterlehren, bis er schließlich nach England emigrierte, während Stenzel nach Halle versetzt wurde.

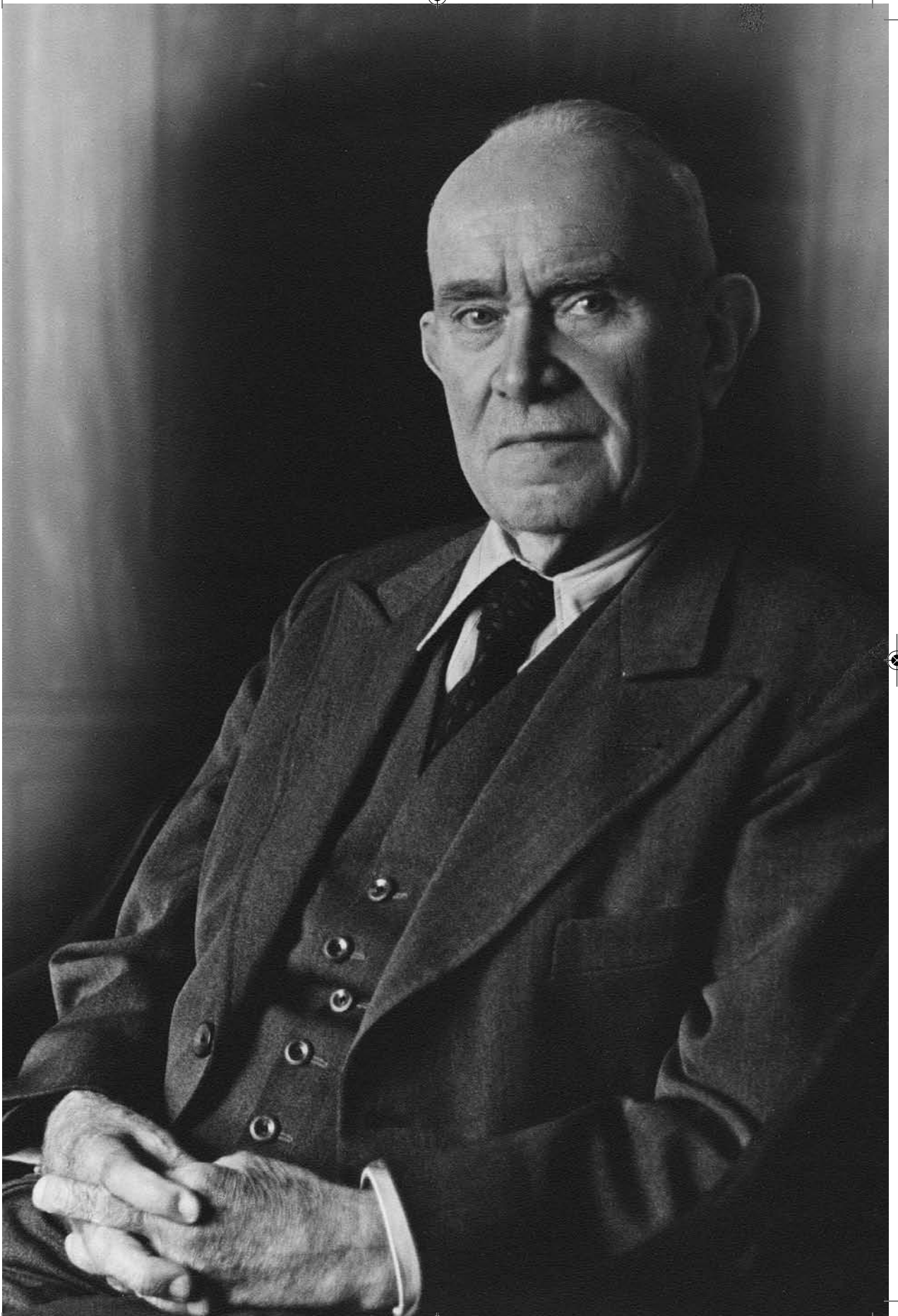
Für den Ökonomen Colm, ebenfalls ein ehemaliger Frontkämpfer, der sich aber politisch eindeutig auf dem linken Spektrum verortete, erfolgte ein solcher studentischer Einsatz dagegen nicht. Er wurde am 12. April zum Ziel einer weiteren Attacke, als mehrere

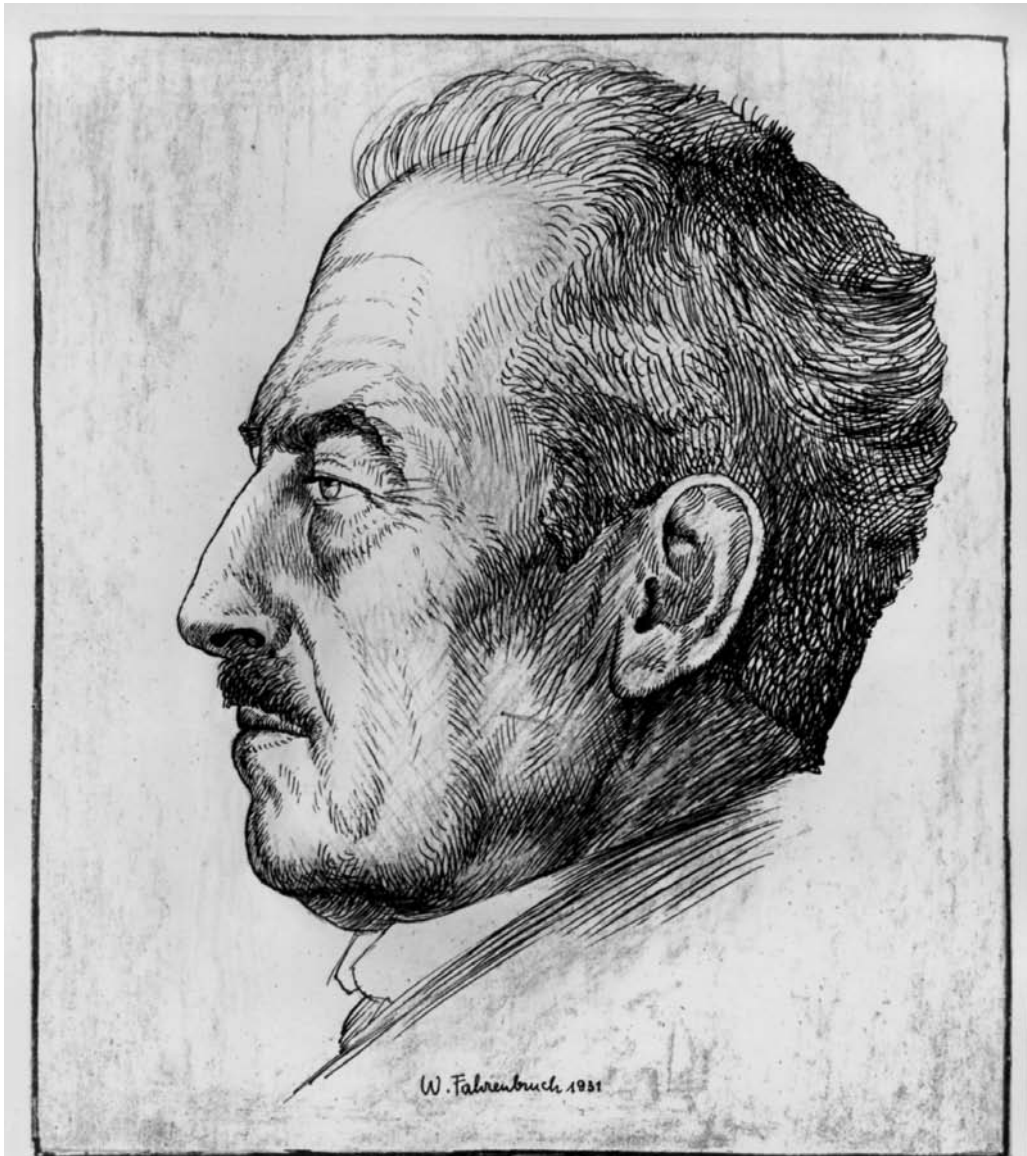
**24** Anton Fleck: *Erinnerungen*: Kap. IX, S. 80, in: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (SHLB), Cb 175.

**25** Fleck: *Erinnerungen*: Kap. IX, S. 80, in: SHLB, Cb 175. Diese Darstellung findet ihre Bestätigung in der vorsichtigen Schilderung von Harms an das Preußische Kultusministerium, 15.04.1933, in: BArch Berlin, R 4901/1217, Bl. 117.

**26** Uhlig: *Vertriebene Wissenschaftler*, S. 76-79

**27** Hierzu Göllnitz: *Der Student*, S. 143-145 und 149-150.





**FELIX JACOBY**

**PARTHENOPOLITANUS**

**IN ACADEMIA CHRISTIANA ALBERTINA KILONIENSI  
PHILOLOGIAE PROFESSOR ORDINARIUS PUBLICUS**

**AETATIS SUAE LV**

SA-Männer abends in sein Haus eindringen, um ihn zusammenzuschlagen. Auf dem Dachboden versteckt konnte er dem jedoch entgehen.<sup>28</sup> Bei den Nationalsozialisten wirkten also antisemitische Motive selten isoliert, sondern wurden oft mit der Verfolgung politisch Andersdenkender verknüpft. Politisch rechts stehende jüdischstämmige Deutsche konnten dagegen gelegentlich auf Milde hoffen. Die aus politischen und rassistischen Gründen besonders heftig attackierten Ökonomen gaben schließlich Mitte April auf. Der IfW-Direktor teilte dem Kultusministerium mit, sie würden nicht mehr an die Universität zurückkehren.<sup>29</sup> Damit hatten die Studenten ein wesentliches Ziel erreicht und binnen zwei Wochen im Weltwirtschaftsinstitut eine komplette Abteilung ausgeschaltet.

Was die Eigenart des April 1933 ausmachte und ihn in wissenschaftspolitischer Hinsicht deutlich von den darauffolgenden Monaten und Jahren unterschied, war, dass die vielen lokalen Gewalttaten von nationalsozialistischen Studenten und NS-Gliederungen den staatlichen Maßnahmen weit vorgriffen. Kultusminister Bernhard Rust war bemüht, im Hochschulwesen die Kontrolle zurückzugewinnen und drohte entsprechend am 3. Mai den Studenten mit dem Ausschluss von der Hochschule, falls sie weiterhin an „störenden Aktionen an den Hochschulen“ teilnehmen würden.<sup>30</sup> Mit den Zielen der Terroraktionen war er zwar einverstanden, jedoch nicht mit der wilden Vorgehensweise. Seine Motivation lag dabei nicht nur darin, den zentralen Führungsanspruch und damit die Einheit der NSDAP zu wahren. Er wollte auch den Pfad der Scheinlegalität nicht verlassen, welcher der von Hitler vorgegebene Weg zur Etablierung der NS-Diktatur war. Das Universitätswesen betreffend hat Ralph Uhlig den Erfolg dieser Strategie folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Gerade die ‘Normalität‘ der NS-Gleichschaltungsmaßnahmen, die sich des Scheins der bürgerlichen Rationalität bedienten, ließ antifaschistische Hochschulopposition als Tatwiderstand zumeist hilflos ins Leere laufen.“<sup>31</sup>

Maßgebliches Instrument dieser staatlichen Diskriminierungspolitik war das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums“ vom 7. April 1933. Unter anderem bestimmte es, dass „nicht arische“ Beamte in den Ruhestand geschickt und dass Beamte aus politischen Gründen entlassen werden konnten. Auf Grundlage dieser Regelungen wurden reichsweit knapp 3000 Gelehrte entlassen, davon etwa 85 Prozent aus rassistischen Gründen. Prozentual waren hiervon die ohnehin bereits in der patriarchalischen Gesellschaft diskriminierten Wissenschaftlerinnen noch stärker betroffen als die Männer.<sup>32</sup> In Kiel wurden mindestens 33 Wissenschaftler entlassen und mindestens 15 zwangsversetzt, was zusammengenommen eine Quote von mindestens 22 Prozent des gesamten Lehrkörpers des Wintersemesters 1932/33 ausmachte.<sup>33</sup> Hinzu kamen weitere quellenmäßig schwerer fassbare Fälle wie etwa jener des Österreicher Hans Mayer, der angesichts der Gewalt noch im April seine Zusage auf Übernahme eines Ordinariats in Kiel widerrief und nach Wien zurückkehrte.

Linke Seite:

Philologieprofessor Felix Jacoby

**28** Wolfram Hoppenstedt: Gerhard Colm. Leben und Werk (1897-1968), Stuttgart 1997, S. 109.

**29** Harms an Preußisches Kultusministerium, 15.04.1933, in: BArch Berlin, R 4901/1217, Bl. 117.

**30** Rust fordert Disziplin, in: Vossische Zeitung, 03.05.1933.

**31** Uhlig: Vertriebene Wissenschaftler, S. 13.

**32** Ingrid Bohn et al.: Wissenschaftlerinnen an der Christiana Albertina, in: Demokratische Geschichte 14, 2001, S. 15-54, hier S. 21.

**33** Vgl. Uhlig: Vertriebene Wissenschaftler, S. 138. Diese Dokumentation ist allerdings nicht vollständig.



Konservativ ausgerichtete Universitäten und Fakultäten waren generell weniger stark betroffen, während Institutionen wie die Kieler Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät mit ihren vielen jüdischen und liberalen Mitgliedern zu den Vertreibungszentren zählte. Von den 13 Lehrstuhlinhabern zu Beginn des Sommersemesters 1933 hatten gut ein Jahr später nur noch drei ihr Ordinariat inne. Ferner wurde im Berufsbeamtengesetz ein Paragraph eingefügt, auf dessen Grundlage jeder Beamte gegen seinen Willen versetzt werden konnte. Dies gab dem Kultusministerium die Möglichkeit, Fakultäten neu zusammenzustellen und solche Professoren, die über ihr persönliches Umfeld oder über die Leitung von Instituten ein besonderes Renommee innehatten, gezielt zu schwächen und in eine Konformität erzwingende Bedrohungslage zu bringen. Für die zwangsversetzten Kieler Professoren stellte die Frankfurter Universität die häufigste „Strafkolonie“ dar. An dieser jungen und liberal ausgerichteten Universität hatte es 1933 ebenfalls besonders viele Entlassungen gegeben, weshalb sie sich aus Sicht der Nationalsozialisten als Sammlungsort für geduldete Professoren „auf Bewährung“ anbot.

Von Mitte bis Ende April fungierten die Wissenschaftspolitik „von oben“ und jene „von unten“ teils in Symbiose. Für Kiel lässt sich dies präzise nachzeichnen. Hier wurde am 19. April ein „Kampfausschuss wider den undeutschen Geist“ gegründet, welcher missliebige Professoren identifizieren und ihre Schriften in den Leihbibliotheken beschlagnahmen sollte. Angestrebt wurde eine öffentliche Bücherverbrennung, die in Kiel wie auch in Berlin und vielen anderen deutschen Städten schließlich am 10. Mai durchgeführt wurde. In diesem Zusammenhang entstand eine am 24. April in der Kieler Zeitung veröffentlichte Liste von 25 Wissenschaftlern und einer Wissenschaftlerin, die nicht „das Vertrauen der Studentenschaft“ besäßen. Auf dieser Liste waren vor allem die in den Wochen zuvor attackierten Personen aufgeführt, bei denen teils die Vertreibung schon physisch durchgeführt und nun noch verwaltungsmäßig bestätigt werden sollte. Mit Adolf Löwe war jedoch auch ein Professor genannt, der bereits seit über einem Jahr nicht mehr in Kiel lehrte. Dies zeigt nochmals den unprofessionellen und improvisierten Charakter der Wissenschaftspolitik „von unten“ auf. Das Kultusministerium war da gründlicher. Bereits zwei Tage später gab es in derselben Kieler Zeitung die Beurlaubung vieler der von den Studenten geforderten Personen bekannt. Letztlich mussten 24 der 28 attackierten Personen die Universität verlassen, zumeist durch Entlassung beziehungsweise Beurlaubung mit anschließender Entlassung, in einer Reihe von Fällen auch durch Zwangsemeritierung oder Versetzung.

Letzteres war ein Beispiel für jene nützlichen Mittel, die nur einer „von oben“ durchgeführten Wissenschaftspolitik zur Verfügung standen. Objekte waren beispielsweise der ehemalige Rektor Skalweit sowie der IfW-Direktor Bernhard Harms. Beide wurden nicht wegen ihrer Abstammung oder grundsätzlichen politischen Orientie-



rung angegangen, sondern aufgrund ihres Beharrens auf universitärer Autonomie und dem vorsichtig versuchten Schutz ihrer Kollegen und Untergebenen. Bezüglich Harms erfolgte die öffentliche Demontage etwa dadurch, dass das Kultusministerium ihn zwar nicht auf die Liste der beurlaubten Professoren setzte, sich aber demonstrativ eine „Verfügung“ vorbehielt.<sup>34</sup> Bereits Ende April 1933 kristallisierte sich dann heraus, dass beide Professoren auf neue Bewährungsposten zwangsversetzt würden. Damit wurde der Idealfall einer politischen Neutralisierung bei gleichzeitigem Erhalt des fachlichen Expertenwissens erreicht. In der Antrittsvorlesung bei seiner nächsten Universität unterwarf Harms sich dann demonstrativ dem Werk „Adolf Hitlers [...] des Künders und Prägers der deutschen Zeitenwende“.<sup>35</sup> Auch Skalweit bemühte sich um ein regimiekonformes Verhalten und demonstrierte dies später unter anderem durch einen Eintritt in die NSDAP. Beide waren also, wie die Mehrheit der Professoren, zwar „gleichgeschaltet, aber nicht umerzogen, staatsloyal, aber nicht gewonnen, fachlich, aber nicht politisch engagiert.“<sup>36</sup>

Wie anderswo auch gab es in Kiel über die vorsichtigen Versuche der Beibehaltung einer universitären Autonomie hinaus praktisch keine Opposition gegen die Machtübernahme des NS-Regimes. Die mit dem Habitus des Unpolitischen auftretende Wissenschaft hatte dem Zusammenspiel von blanker Gewalt, Berufsbeamten-gesetz und Ministerialverfügungen nichts entgegenzusetzen. Nicht einmal eine inhaltliche Sabotage scheint versucht worden zu sein, wie etwa eine ineffiziente verwaltungsmäßige Durchführung der ab dem 12. beziehungsweise 19. April herumgesandten Fragebögen zur politischen Orientierung und religiösen Abstammung von Universitätsangehörigen. Ohne jeden Datenschutz gelangte das Kultusministerium problemlos an die zur Durchführung seiner Ziele benötigten Informationen. In einigen Verbänden wie beispielsweise der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde sogar ein vorauseilender Gehorsam geleistet und einer jüdischen Mitarbeiterin in Eigeninitiative gekündigt. Bereits im April wurde angeordnet, Förderungsanträge von „Nichtariern“ grundsätzlich abzulehnen.<sup>37</sup> Auch die Kieler Universität griff behördlichen Entscheidungen vor und verhängte Anfang April einen entsprechenden Immatrikulationsstop.<sup>38</sup> Die dafür eigentlich notwendige Grundlage, das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ mit der rassistischen Zielsetzung der Beschränkung des Anteils von Studierenden „nicht arischer Abstammung“, wurde erst Wochen später am 25. April erlassen.

Neben der zuvor genannten Ehrenerklärung für Jacoby und Stenzel sind nur ganz wenige Solidarisierungskaktionen rekonstruierbar. Eine wurde von Sekretärinnen des IfW geleistet, welche die Schreibtische ihrer zwischenzeitlich zurückgekehrten Vorgesetzten mit Blumen schmückten. Auch diese Frauen wurden öffentlich diffamiert und am 21. April Opfer eines Angriffs.<sup>39</sup> An diesem Tag stürmte ein gutes Dutzend mit „Pistolen und Handgranaten“ bewaff-

**34** Vgl. Johann Achelis an Kurator Uni Kiel, 25.04.1933, in: Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Abt. 415, Nr. 821. Die Verfügung wurde am folgenden Tag in der Kieler Zeitung veröffentlicht.

**35** Harms: Universitäten, Professoren und Studenten in der Zeitenwende, vornehmlich vom Standpunkt der Staatswissenschaften (Berliner Antrittsvorlesung, 8.11.1935), Jena 1936, S. 11.

**36** Hellmut Seier: Die Hochschullehrer im Dritten Reich, in Klaus Schwabe (Hg.): Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815-1945, Boppard a.R. 1988, S. 247-295, hier S. 265-266.

**37** Vgl. Sören Flachowsky: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat: Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008, S. 111.

**38** Vgl. Carsten Mish und Christoph Cornelißen: Kiel, in: Julius H. Schoeps und Werner Tress (Hg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim 2008, S. 527-543, hier S. 531.

**39** Vgl. „Lasst Blumen sprechen“, in: Kieler Volkskampf, 07.04.1933.

Rechte Seite:  
Professor Rudolf Höber

ner Personen, vermutlich erneut SA-Männer, ins Institut, um diese Frauen sowie einige weitere sozialdemokratische und jüdisch-stämmige Hilfskräfte zu „holen“.<sup>40</sup> Was dann geschah, ist symptomatisch für den Umgang der Institutsleitung mit Bedrohungen durch Nationalsozialisten. Nach eigenen Angaben führte der stellvertretende Direktor, Honorarprofessor Anton Fleck, die Eindringlinge in ein Büro und rauchte mit ihnen Zigaretten. Damit wurde Zeit gewonnen, um „die betroffenen Sekretärinnen und Hilfskräfte“ zu informieren, sodass sie „nun innerlich vorbereitet auf ihren Abtransport“ waren. Die Namen und das weitere Schicksal dieser Personen, ob ihnen beispielsweise Gewalt angetan wurde oder ob sie tatsächlich aus dem IfW entlassen wurden, sind aus Mangel an Quellen nur in wenigen Fällen rekonstruierbar. Fleck war auch 20 Jahre später noch der Meinung, dass seine Reaktion richtig gewesen war. Körperliche Gewalt sei vermieden und den Frauen bestmöglich geholfen worden. Durch seine verkürzte Betrachtung auf den physischen Akt und auf den unmittelbaren universitären Raum zeigte er jedoch, dass er vom Wesen der Gewalt nichts verstanden hatte. Diese wirkt gerade dann am effizientesten, wenn sie nur angedroht werden muss. Durch eine reibungslose Abwicklung der vor allem über die Personalpolitik erfolgenden nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik „von oben“ und „von unten“ wurde nicht „das Schlimmste verhindert“, sondern im Gegenteil erst ermöglicht.

Die vertriebenen Wissenschaftler verfügten über ganz unterschiedliche Voraussetzungen. Während die Zwangsversetzten sich entscheiden konnten, ob sie emigrieren oder mit dem Regime konform gehen wollten, standen die in die Emigration getriebenen Wissenschaftler meist unter großem zeitlichem, finanziellem und seelischem Druck. Fünf Faktoren waren für ihren weiteren beruflichen Erfolg maßgeblich. Aus psychologischen Gründen spielten, erstens, die genauen Gründe für ihre Vertreibung eine Rolle. Jene, die sich aus politischen Gründen angegriffen sahen, konnten ihr Schicksal besser verkraften als jüdische Wissenschaftler, die Opfer einer – häufig nicht einmal selbst geteilten – Fremdzuschreibung geworden waren. Zweitens waren jüngere Akademiker häufig besser in der Lage, sich mit den neuen Lebensumständen zurechtzufinden. Drittens war der sozioökonomische Hintergrund von Bedeutung und zwar nicht nur, weil die zur Verfügung stehenden Ressourcen zusätzliche Möglichkeiten erschlossen. Es bestanden nämlich auch im Ausland vielfach Ressentiments gegen soziale Aufsteiger, Sozialdemokraten oder Juden. Viertens war die Vernetzung in der internationalen akademischen Gemeinschaft von nicht zu überschätzender Bedeutung, denn sie war Grundlage von Beschäftigungs- und vielfach auch Einreisemöglichkeiten. Häufigstes Emigrationsziel waren die USA, gefolgt von Großbritannien. Dass ein Wissenschaftler, wie der Mathematikprofessor Adolf Fraenkel, nach Palästina auswanderte, war überaus selten. Dies belegt einmal mehr die nur selten vorhandene Selbstidentifikation mit dem Judentum oder gar mit dem Zionismus. Fraenkel entschied sich für diese Option vor allem

**40** Diese Schilderung fußt wesentlich auf den in den frühen 1950er Jahren niedergeschriebenen „Erinnerungen“ von Anton Fleck. Dort auch die Zitate. Siehe SHLB, Cb 175, Kap. IX, S. 80-81.







deshalb, weil er in Jerusalem bereits als Gastprofessor gelehrt hatte. Der fünfte Erfolgsfaktor lag in der Nachfrage nach den wissenschaftlichen Qualifikationen im Ausland, welche für die verschiedenen Fächer sehr unterschiedlich ausfiel. Rechtswissenschaftler befanden sich hier in einer sehr schwierigen Situation und waren zu Improvisationen gezwungen. Der emigrierte Strafrechtler Hermann Kantorowicz konnte sich beispielsweise nur über kurzfristige Lehraufträge finanzieren, was ihn bis zu seinem Tod im Jahr 1940 zu permanenten Umzügen zwang (New York, London, Cambridge und Oxford). Ganz anders sah dies bei Wirtschaftswissenschaftlern aus, deren Fähigkeiten leicht transferierbar waren und nach denen insbesondere in den USA eine große Nachfrage bestand. Fast alle der vielen aus Kiel vertriebenen Ökonomen konnten ihre Karriere erfolgreich im Ausland fortsetzen.<sup>41</sup> Der binnen zehn Jahren zum Wirtschaftsberater des US-Präsidenten Roosevelt aufgestiegene Colm war hier ein besonders spektakulärer Fall.

Die massenhaften Vertreibungen ermöglichten in Kiel bereits Ende April 1933 erste Neubesetzungen. Hier zeigte sich nun, dass die Machtstellung der Studenten vor allem aus ihrem destruktiven Potential resultiert hatte. Für die Schaffung neuer Fachbereiche, wie etwa die angestrebte Wehrwissenschaft, genügten ihre Anfang 1933 gemachten Anstrengungen nicht. Auch bei den Entscheidungen über die Ernennungen von Professoren, die vom Preußischen Kultusministerium dominiert wurden, spielten sie kaum eine Rolle. Je nach Fachbereich waren die Spielräume unterschiedlich groß. Bei den Volkswählern lag Kiel beispielsweise im reichsweiten Trend, wonach hier den Nationalsozialisten keine personellen Änderungen nötig erschienen waren. In den meisten übrigen Fakultäten gab es fallweise Neubesetzungen mit regimekonformen Wissenschaftlern beziehungsweise mit überzeugten Nationalsozialisten. Zahlenmäßig vergleichsweise schwach betroffen war etwa die im öffentlichen Auftreten bereits seit Ende Februar ausgesprochen pro-nationalsozialistischen Medizinische Fakultät. Hier hatte erst am 24. April der offenbar einzige „Boycott“ nach dem typischen Muster stattgefunden.<sup>42</sup> Die Professoren Rudolf Höber, Rudolf Mond und Hans Netter waren gewaltsam aus den Universitätsräumlichkeiten vertrieben worden. Der bekennende Demokrat Höber wurde sogar genötigt, seinen Kollegen das ihm erteilte Verbot zum Betreten seines Anatomischen Instituts mitzuteilen. Während Netter sich dem Regime anpasste und sogar weitere Karrierefortschritte in Kiel erzielen konnte und Mond immerhin nach Hamburg versetzt als Professor weiterwirken durfte, wurde Höber in die Emigration getrieben.

Einen Sonderfall stellte die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät dar, die bis auf drei Professoren fast vollständig geleert worden war. Einer der verbliebenen Professoren, der Ökonom Andreas Predöhl, stellte sich ab dem 27. April 1933 für den Neuaufbau als Dekan und Prorektor zur Verfügung und nutzte diese Posten als Sprungbrett für seine außerordentlich erfolgreiche NS-Karriere, die ihn später unter anderem ins Amt des Rektors brachte. Bereits einen

Linke Seite:

Professor Karl Larenz

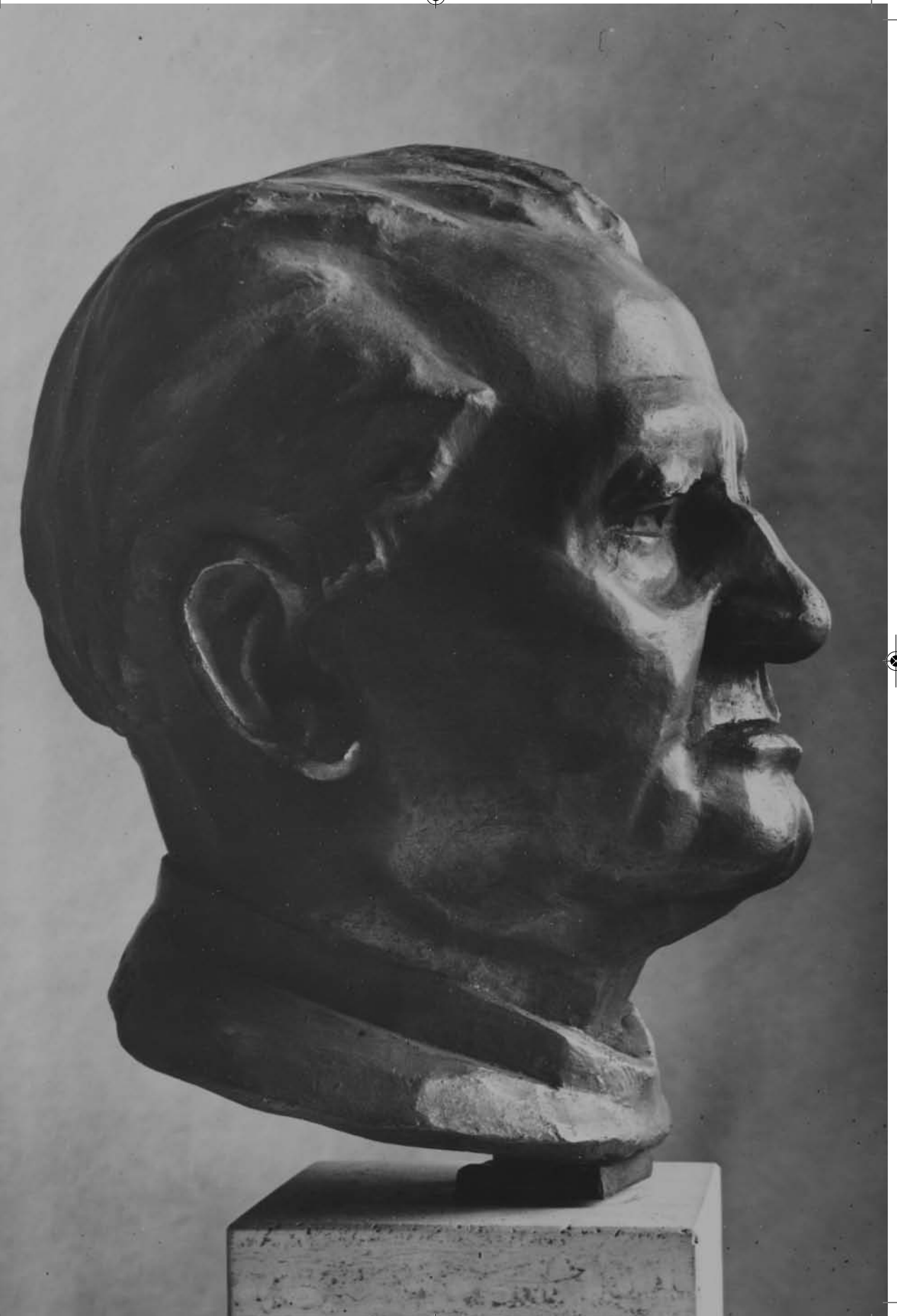
Folgende Seite:

Professor Andreas Predöhl

**41** Ausführlicher in: Gunnar Take: American support for German Economists after 1933: The Kiel Institute and the Kiel School in Exile, in: *Social Research: An International Quarterly* 84 (4), 2017, S. 809-830.

**42** Vgl. Karl-Werner Ratschko: *Kieler Hochschulmediziner in der Zeit des Nationalsozialismus*, Essen 2014, S. 67-68





Vorangehende Seite:  
Professor Otto Scheel

Tag später vollzog das Kultusministerium die maßgeblichen Entscheidungen und bestimmte die Juristen Karl Larenz, Ernst Rudolf Huber und Georg Dahm sowie den Ökonomen Jens Jessen zu Nachfolgern von Gerhart Husserl, Otto Opet, Hermann Kantorowicz und Bernhard Harms.<sup>43</sup> Damit wurden Personen, die sich aktiv für die Republik (Opet), gegen den deutschen Nationalismus (Kantorowicz) oder für die internationale Völkerverständigung (Harms) eingesetzt hatten, durch überzeugte Nationalsozialisten ersetzt. Diese jungen dynamischen Akademiker, denen nun der Karrieresprung auf ein Ordinariat gelangt war, erhofften sich eine ideologische Vordenkerrolle. Am deutlichsten formulierte dies der wenige Wochen später dazugestoßene Rechtswissenschaftler Karl August Eckhardt. Dieser prägte das Schlagwort „Stoßtruppfakultät“ womit ein Führungsanspruch im Fach und insbesondere in der Beratung der Umgestaltung des Rechtswesens gemeint war sowie ferner auch der Anspruch auf eine herausgehobene Stellung bei der angestrebten politischen Neuausrichtung der Universität.<sup>44</sup> Während der Ökonom Jessen rasch in Machtkämpfen scheiterte, vermochten es die Juristen – ebenso wie ihre Kollegen von den beiden anderen „Stoßtruppfakultäten“ Breslau und Königsberg – den politischen Auftrag zu erhalten, die Rechtslehre „auf die neuen Grundbegriffe von Gemeinschaft und Volk, von Pflicht, Treue und Ehre“<sup>45</sup> umzustellen. Inwieweit dies der „Kieler Schule“ bis zu ihrer Auflösung um 1937/38 gelang ist umstritten. Der Rechtshistoriker Jörn Eckert konstatiert: „Was die Kieler Schule in jedem Fall leistete, war die öffentliche Bemäntelung nationalsozialistischer Willkür und Verbrechen, die ohne rechtliche Verkleidung offen als Gesetzwidrigkeit erkennbar gewesen wäre.“<sup>46</sup>

Am Ende des Monats April 1933 war zwar noch keiner der neuen Professoren in Kiel präsent. Durch die Vertreibungen „von unten“ und die „von oben“ eingerichteten Grundstrukturen einer nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik waren aber bereits die wesentlichen Weichen gestellt, als die Kieler Universität am 1. Mai symbolisch zu einem Träger des NS-Staates erklärt wurde. Zu diesem Tag hatte der neue Rektor Lothar Wolf, welcher am 27. April den aus NS-Sicht zu passiven Kurzzeitrektor Scheel ersetzt hatte, eine Flaggenparade angeordnet. Für den Lehrkörper war die Teilnahme an rituellen Hissen der Hakenkreuzfahne am Universitätshauptgebäude verpflichtend. Auch wenn dies von vielen Professoren aus politischen Gründen oder aus Standesdünkel als demütigend empfunden wurde, so regte sich doch kein nachweisbarer Protest. Dieser war spätestens im vorangegangenen Terrormonat gebrochen worden. Aber auch für die in den vorangegangenen Wochen so erfolgreichen NS-Studenten dämmerte nun eine neue „Phase der Subordination“ heran.<sup>47</sup> Wolf erklärte die „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus für gelungen und die wesentlichen Weichen für gestellt. Deshalb könne und müsse die Kieler Universität wieder ihren regulären Betrieb aufnehmen, um auf diesem Wege dem Regime die größtmöglichen Dienste zu leisten.

**43** Vgl. Telegramme vom 28.04.1933, in: LAS, Abt. 415, Nr. 821, Bl. 396-399.

**44** Vgl. Jens Flemming: „Über seine politische Zuverlässigkeit besteht kein Zweifel.“ Hans Brandt. Juraprofessor an der Universität Kiel und Kriegsgefangener in Jugoslawien, in: DG 26 (2016), S. 169-192.

**45** Vgl. Eckert: „Hinter den Kulissen“, S. 23.

**46** Jörn Eckert: Die Kieler Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät – „Stoßtruppfakultät“, in: Uwe Danker und Herbert Ostendorf (Hg.): Die NS-Strafjustiz und ihre Nachwirkungen, Baden-Baden 2003, S. 21-56, hier S. 50.

**47** Göllnitz: Der Student, S. 558.